

Protokoll der Pflegekonferenz vom 28. März 2012

TOP 1

Begrüßung, Feststellen der Tagesordnung

Herr Markurth begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.
Der Ablauf der Tagesordnung soll geändert werden. Der TOP 5 – Informationen zum Werdenfelser Weg – soll TOP 3 werden, da die Zeit von Frau Scheffer-Gassel begrenzt ist. Dies wird so genehmigt.

TOP 2

Genehmigung des Protokolls der Pflegekonferenz vom 22. Sept. 2010

Das Protokoll wird genehmigt wie vorgelegt. Es wird zukünftig nicht erst mit der Einladung versandt, sondern zeitnah nach der Pflegekonferenz.

TOP 3

Information zum Werdenfelser Weg

Der Werdenfelser Weg entstand ursprünglich als Initiative in Garmisch-Partenkirchen und wird seither zunehmend von anderen Amtsgerichten aufgegriffen. Ziel ist die Vermeidung von Fixierungen und freiheitsentziehenden Maßnahmen (FEM) wie Bauchgurte, Bettgitter, Vorsatztische in Einrichtungen.

Ausgangspunkt war eine erstaunliche Beobachtung: Alle in den Entscheidungsprozess von Fixierungen Einbezogene sahen die Gefahr durch Fixierung veranlasster Verluste an Lebensqualität, von dadurch verursachten psychischen und physischen Abbauprozessen, schließlich auch Todesgefahren, die von Bettgittern und Gurten ausgehen

Nicht das einzige, aber ein zentrales Problem: Die (zumeist unbegründete) Angst der Einrichtungen vor späteren Regressansprüchen von Krankenkassen für Behandlungskosten bei Nichtfixierung war allgegenwärtig.

Beim Werdenfelser Weg werden pflege(-wissenschaftlich) geschulte Verfahrenspfleger in das Genehmigungsverfahren einbezogen. Diese erstellen eine fachliche Einschätzung zur Notwendigkeit und möglichen Alternativen zu FEM für den Amtsrichter, stehen für die Pflegeeinrichtungen und Betreuer als Ansprechpartner zu Verfügung und fühlen sich den Rechten und Bedürfnissen der Bewohner verpflichtet. Auf dieser Grundlage sollen alle Beteiligten

in den Prozess einbezogen werden und eine gemeinsame Übernahme von Verantwortung aller am Verfahren Beteiligter erreicht werden.

In Braunschweig nehmen schon verschiedene Einrichtungen an diesem Projekt teil und die Akzeptanz wird als sehr positiv angesehen.

Das Amtsgericht Braunschweig sieht sich in der Verantwortung, aktiv in die Pflegekultur einzugreifen. Deshalb bietet es allen Einrichtungen an, in gemeinsamer Verantwortung in diesem Punkt tätig zu werden. Es besteht bereits eine enge Zusammenarbeit mit der Heimaufsicht und der Betreuungsstelle. Zurzeit werden noch Verfahrenspfleger gesucht, die in einer zweitägigen Schulung unterrichtet werden. Verfahrenspfleger sind überwiegend Berufsbetreuer. So ist auch bereits rechtliches Wissen vorhanden. Weiterhin ist eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit wichtig, u.a. zur Unterrichtung der Heimmitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Es sind alle Einrichtungen und ambulanten Dienste in Braunschweig eingeladen mitzumachen.

TOP 4

Bericht aus der Steuerungsgruppe

Seit der letzten Konferenz getagt am 22.3.2011 und 12.12.2011

Themen – neben den Berichten aus den Arbeitsgruppen – waren

AG Pflege aus der Altenhilfeplanung

Die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen muss stärker koordiniert werden. Zum Teil ist in der Kommune nicht/noch nicht bekannt, was alles schon z. B. seitens der Wohlfahrtsverbände umgesetzt ist, bzw. in Planung zur Umsetzung ist.

Es gibt weiteren Handlungsbedarf anhand der Ziele und Maßnahmen. Es soll dabei weiterhin auf die Stadtteilorientierung, die sich sehr bewährt hat, geachtet werden.

Dabei wird in der Steuerungsgruppe auf das mögliche Problem der Hochbetagten hingewiesen, die noch nicht pflegebedürftig sind. Sie müssen frühzeitig erfasst und begleitet werden (liegt auch im Interesse der Vermieter).

Schon einmal wurde versucht, diesen Personenkreis in der Aktion „Desintegrierte“ im Siegfriedviertel zu erreichen, was aber nicht gelungen ist. Möglicherweise hilft da der Zensus.

Ziel müsste sein, Nachbarschaften zu stärken, Hausärzte, die ganz niedrigschwellig Kontakte haben, einzubinden, um erste Kontakte mit Institutionen und Angeboten herzustellen und möglicherweise auch schon ambulante Hilfen zu installieren.

Der Bereich der Hochbetagten kann als neues/nächstes Projekt in der Umsetzung der Altenhilfe- und Pflegeplanung interessant sein.

MIGRATIONSPFLEGE

Es ist noch nicht klar, ob tatsächlich ein Bedarf besteht, oder ob dieser nur „gefühl“ ist. Ein Pflegeheim nur für Migranten wird nicht favorisiert, denn das hat nichts mit Integration zu tun. War z. B. in Berlin auch nicht erfolgreich – eines von zwei derartigen Heimen hat schon wieder zugemacht.

Der Anteil der Hochbetagten Migranten in Braunschweig ist immer noch sehr gering (weit unter 1000). Hier handelt es sich um schon seit Jahrzehnten in Deutschland Lebende, die sich weitgehend an unser System angepasst haben. Davon ist auch bei den jetzt 40- und 50jährigen Migranten auszugehen.

Es muss versucht werden, innerhalb bestehender Einrichtungen spezifische Angebote vorzuhalten. Dieses muss mit den Einrichtungen abgestimmt werden.

Schwieriger ist die Situation in den Krankenhäusern, ebenso bei Ärzten vor Ort. Dort ist schnelle, angemessene Hilfe erforderlich, die z. B. wegen Sprachproblemen problematisch ist. Da wäre auch der Überleitungsbogen sehr hilfreich, da sich auch Angehörige zum Teil schlecht artikulieren können.

Dazu müssen Fachkräfte, wie auch Pflegehelfer aus dem Migrantenbereich gewonnen werden, die das leisten können. Ambulante Dienste mit ihren fremdsprachlichen Pflegekräften sind hier auch ein wichtiger Baustein.

Siehe dazu auch TOP 8

Ergebnisse aus Pflegekonferenzen in anderen Kommunen

Zur nächsten Steuerungsgruppensitzung soll über Pflegekonferenzergebnisse aus anderen Kommunen berichtet werden. Dazu erfolgt zurzeit eine Abfrage in Vergleichsstädten Braunschweigs. In der nächsten Pflegekonferenz wird darüber berichtet.

TOP 5

Wahl von zwei Stellvertreter/innen gem. § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Vorschlag der Verwaltung:

- Der Fachbereichsleiter Soziales und Gesundheit und
- der jeweilige Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände (AGW)

Die Wahl erfolgt einstimmig.

Zukünftig soll der jeweilige Sprecher der AGW in die Steuerungsgruppe eingeladen werden.

TOP 6

Berichte aus den Arbeitsgruppen

AG Angebote für Verhaltensauffällige (Insula)

Berichterstatter: Herr Urban

In der letzten Sitzung der Pflegekonferenz wurde beschlossen, dass das in dieser Sitzung vorgestellte Konzept eines Notfallhauses „Insula“ weiter verfolgt werden soll.

Nach weiterer inhaltlicher Arbeit wurde das Konzept im Mai 2011 der Ministerin Frau Özkan bei einem Besuch in Braunschweig vorgestellt, die ihre Unterstützung bei dem Vorantreiben im Gespräch mit den Krankenkassen versprach.

Die Arbeitsgruppe erarbeitete daraufhin eine Kostenkalkulation für das Notfallhaus auf Basis des vorliegenden Konzeptes. Aufgrund des besonderen Betreuungsangebotes entstand schnell eine Kostengröße, die nicht realisierbar erschien. Daraufhin wurde das Konzept von

der Arbeitsgruppe zielgerichtet überarbeitet, um die Kosten zu reduzieren, ohne jedoch den Grundgedanken dieses Projektes aufzugeben. Das Ergebnis wurde in die letzte Steuerungsgruppe eingebracht, wo entschieden wurde, das Thema in der Pflegekonferenz wieder aufzugreifen, mit dem Ziel, dass ein Partner aus dem Kreis gefunden wird.

Basisdaten können für interessierte Träger zur Verfügung gestellt werden. Sollte sich aus der Konferenz heraus ein Partner finden, soll auch versucht werden, weiterhin eine Landesförderung zu erhalten. Auch neue Ideen zur Umsetzung sind willkommen.

Herr Markurth ruft deshalb noch einmal alle Einrichtungen auf, sich für eine Umsetzung als Träger zur Verfügung zu stellen. Weiterhin erhält die Arbeitsgruppe den Auftrag, in Frage kommende Einrichtungen anzuschreiben, um diese für eine Umsetzung des Konzeptes zu gewinnen.

AG Vom Überleitungsbogen zum Überleitungssystem **Berichterstatter: Herr Urban**

Die in der letzten Sitzung der Pflegekonferenz vorgestellten Ergebnisse und Unterlagen wurden weiter überarbeitet und auf der Internetseite der Stadt Braunschweig eingestellt.

Die Arbeitsgruppe hat weiterhin die Ergebnisse u. a. im Hygienenetzwerk und bei der AG der Rettungsdienste vorgestellt, um auch dort darauf aufmerksam zu machen und auch um Impulse zu erhalten.

Zur weiteren Absprache wurde auch Herr Günther, Leiter des Rettungsdienstes der Feuerwehr, zu einer Sitzung der AG eingeladen, um die Überleitungsproblematik mit ihm zu diskutieren.

Zur Jahresmitte 2011 wurden dann ca. 300 Briefe an verschiedene Einrichtungen, Institutionen und Dienste verschickt, in denen um die Teilnahme an dem Braunschweiger Überleitungssystem, die mit einer freiwilligen Verpflichtungserklärung verbunden ist, geworben wurde.

Nach einem eher bescheidenen Rücklauf wurde dann in der Steuerungsgruppe beschlossen, dass mit denjenigen, die sich zur Teilnahme bereiterklärt hatten, die Arbeit begonnen werden soll.

Die Arbeitsgruppe organisierte daraufhin eine „Kickoff-Veranstaltung“, die am 15. März 2012 stattgefunden hat. In der Veranstaltung wurde nochmals versucht, die Sensibilität zu stärken und der aktuelle Stand der Unterlagen wurde vorgestellt. Mit ca. 20 Einrichtungen und Diensten wird das Modell nun modellhaft ausprobiert. Die Arbeitsgruppe wird dann mit der Evaluation beginnen und, soweit dies gewollt ist, weiter in Richtung des einheitlichen Überleitungssystems für die Region arbeiten.

Herr Markurth appelliert nochmals eindringlich an alle Teilnehmer der Pflegekonferenz, die es angeht, mitzumachen, damit für Braunschweig und die Region dieses einheitliche System aufgebaut werden kann.

ALTENPFLEGEAUSBILDUNG

Herr Klingberg, Mitglied der Gruppe Initial berichtet.

Initial startete in 2011 einen Ideenwettbewerb. Sie haben den schriftlichen Aufruf in ihren Einrichtungen gestartet, um von den Experten unter dem Motto „Alte Füchse - Junge Hasen“ sowohl gestandene Kräfte in der Pflege als auch zukünftiges Personal um **ihre** Ideen zur Gewinnung von Nachwuchskräften zu bitten. Die Schulen und auch die Mitgliedseinrichtungen waren schriftlich aufgerufen, bis zum 31. Oktober 2011 ihre Ideen schriftlich einzureichen. Nach der Auswertung des Wettbewerbes erfolgte die Preisverleihung (Kinokarten) durch den Sozialdezernenten am 15. November 2011 um 15:00 Uhr.

Die Gruppe Initial will nun versuchen, kurzfristig eine Kennzahl zum jetzigen Stand von offenen Stellen in der Pflege zu bekommen. Dazu erfolgt eine erneute Abfrage bei den stationären Einrichtungen.

Es interessiert, wie viele unbesetzte Stellen es zurzeit in der Pflege gibt, sortiert nach Pflegefachkräften und Pflegehilfskräften.

Es soll auch versucht werden, die ambulanten Dienste zu befragen, damit ein realistisches Bild für Braunschweig herauskommt.

Mit dem Ergebnis will Initial sich an die Stadt, die Arbeitsagentur und an die Pflegekonferenz wenden.

Positiv wird auch gesehen, dass das Schulgeld, das das Land gewährt, erhöht wurde. So ist der Anreiz doch größer, eine solche Ausbildung zu machen.

Leider sind sehr wenige MitarbeiterInnen (Hilfspersonal) aus den Einrichtungen in der Altenpflegeausbildung, die nachträglich eine dreijährige Ausbildung machen. Hier sind die Einrichtungen aufgerufen, die MA zu motivieren und die Ausbildung zu forcieren.

Als Information: Die Pflegehelferausbildung (1 Jahr) gibt es nicht mehr. An diese Stelle ist die zweijährige Ausbildung zum Pflegeassistenten gekommen. Dafür gibt es aber keine finanzielle Unterstützung durch Schulgelderstattung.

TOP 7

Weiteres Vorgehen bei den AGen Überleitungssystem und Insula
Siehe hierzu TOP 6

TOP 8

Weiteres Vorgehen bei kultursensibler Pflege

Es wurde im Rat der Stadt ein Antrag auf Durchführung einer Analyse zum Bedarf von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund an Maßnahmen der Altenpflege diskutiert. Dieser Antrag ist in den Fachausschuss übertragen worden.

Herr Dybowski, Sozialplanung der Stadt Braunschweig, informiert zu diesem Thema anhand von neueren empirischen Studien zum Pflegebedarf von Menschen mit Migrationshintergrund (als Anlage beigefügt).

Es wird als wünschenswert angesehen, dass sich Mitglieder der Pflegekonferenz mit Migrantengruppen zu einem Diskussionsforum treffen.

Dieser Weg wird seitens der Konferenz befürwortet.

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet im Anschluss an die Konferenz ein Pressegespräch statt (Presseartikel ist als Anlage beigefügt).

TOP 9

Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Notfallkarte für pflegende Angehörige“

Es wird vorgeschlagen, die Einführung einer Notfallkarte für pflegende Angehörige in Braunschweig als ganz konkrete Entlastung und Wertschätzung für sie umzusetzen.

- **Entlastung**

Vorlage der Karte bei Ärzten, Behörden, Kassen, Versicherungen etc. führt zu schnellerer Behandlung/Termineinhaltung von Gesprächen

- **Information**

Sollte den Pflegenden selbst etwas zustoßen, weist die Notfallkarte darauf hin, dass sich in ihrem Haus/ihrer Wohnung ein hilfloser Mensch befindet, der versorgt werden muss.

Pflegende Angehörige profitieren direkt von der Karte, indem sie Zeit sparen:
Keine langen Wartezeiten bei Ärzten oder Behörden, die Versorgung des Pflegebedürftigen über eine kurze Zeitspanne ist leichter zu organisieren oder sogar nicht notwendig.

Denkbar wäre hier auch eine Vorreiterrolle von Organisationseinheiten der Stadtverwaltung mit Publikumsverkehr.

Der Vorschlag wird seitens der Konferenz befürwortet.

Interessierte, die in einer dazu einzurichtenden AG mitarbeiten wollen, melden sich bitte bei Herrn Urban, Abteilung Wohnen und Senioren, Tel.: 470-8016, E-Mail: knut.urban@braunschweig.de oder bei Heinz-Jürgen Schulz, Seniorenbüro, Tel.: 470-8014, E-Mail: heinz-juergen.schulz@braunschweig.de.

TOP 10

Mitteilungen / Verschiedenes / Anträge und Anregungen

Keine

gez.
Schulz